Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh, Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10** Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 13. **Mittwoch, den 23. Januar.** 1867

Zur Situation.

Am 19. hatte im bairischen Abgeordnetenhause Fürst Hohenlohe folgende Erklärung abgegeben: Durch die Auflösung des deutschen Bundes und den Austritt Oesterreichs sei die Stellung der Mittelstaaten gefährdet. Es sei jetzt die Erhaltung Deutschlands und die Einigung aller deutschen Stämme anzustreben oder wenigstens, soweit dies unmöglich, des größten Theiles derselben, uud zwar unter einer einheitlichen Centralgewalt mit parlamentarischer Vertretung. Für Baiern sei dieses Ziel für jetzt nicht unmittelbar erreichbar. Preußen habe die Mainlinie anerkannt. Diese Thatsache sei zu beklagen, ergebe aber als unbestreitbare Folge, daß Preußen die Südstaaten eventuell zurückweisen müsse. Bei allem im deutschen Volke vorherischenden Drange nach Einheit sei es doch mit der Würde Baierns unvereinbar, einen bedingungslosen Eintritt in den norddeutschen Bund nachzusuchen. Andererseits sei aber die bairische Regierung fest entschlossen, jedem Schritte gegen eine bundesmäßige Einigung Deutschlands entgegenzutreten. Baiern werde keinem südwestlichen Staatenbunde unter dem Protektorat einer fremden Macht beitreten, ebensowenig einem südlichen Staatenbunde unter Führung Oesterreichs, allwo das deutsche Element augenscheinlich in den Hintergrund trete. Ein südwestlicher Bund würde die Kluft zwischen Süd- und Norddeutschland erweitern. Baierns Stellung sei nicht eine blos negative, sondern auch eine isolirte. Daraus folgte für Baiern das Bedürfniß nach einer Stütze und Anlehnung an eine Großmacht. Diese könne nur Preußen sein. Die Bundesgenossenschaft mit Preußen sei also Baierns Aufgabe. Dies Verhältniß bringe eine Unterordnung des bairischen Heeres im Kriegsfalle mit sich und erheischte eine entsprechende Umänderung der Heereseinrichtungen. Wirksamer würde es sein, wenn die südwestlichen Staaten gleichmäßig eine Reorganisation durchführten. In diesem Sinne sei Baiern bemüht, die Annährung Süddeutschlands an Norddeutschland anzubahnen. In Kürze gefaßt seien die Zielpunkte der bairischen Regierung: Anbahnung eines verfassungsmäßigen Bündnisses mit den übrigen deutschen Staaten, sobald und soweit dies unter Wahrung der Souveränetät der bairischen Krone und der Unabhängigkeit des Landes möglich sei; bis zur Erreichung dieses Zieles aber Schaffung einer achtunggebietenden Macht durch eine entsprechende Heeres-Reorganisation und durch den Ausbau der inneren Staatseinrichtungen auf Grundlage der Freiheit. „Wenn dies gelingt, schloß der Minister, so so wird unser Bündniß gesucht sein und wir werden nicht nöthig haben, uns nach einem Bündniß mit anderen Mächten umzusehen. Wir werden alsdann im Stande sein, für die wichtige Frage der Regorganisation des Zollvereines eine dem Interesse des Landes entsprechende Lösung zu erzielen."

Der Fürst von Hohenlohe, der neue bairische Premier-Minister, hat somit mit einer Offenheit und Bestimmtheit, die in offiziellen Erklärungen überhaupt selten, in der deutschen Frage aber ganz besonders selten ist, sein Programm dem Landtage jetzt vorgelegt. Er ist für den Anschluß an Preußen und den Norddeutschen Bund und zwar mit der militärischen Unterordnung Baierns im Kriegsfall. Das ist ja immer der große Punkt, um den es sich handelt. Wenn Baiern ernstlich entschlossen ist, seine Armee der preußischen Führung unterzuordnen, d. h. wenn es sich auch den für diesen Zweck nothwendigen Consequenzen in Bezug auf die Organisation seiner Armee unterziehen will, so können der wirklichen Verbindung mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde keine ernstlichen Schwierigkeiten mehr entgegenstehen. Für Alles Andere, für Zoll- und Handels-Verhältnisse, Post-, Eisenbahn- und Telegraphen-, Münz- und Bankwesen, sind entweder gemeinsame Formen schon gefunden, oder es liegen so viele annehmbare Vorschläge vor, daß nur ein in den einzelnen Fragen selbst gar nicht begründeter Eigensinn das Zustandekommen einer Verständigung verhindern könnte. Diese positive Zusicherung des baierischen Premier-Ministers gewinnt aber ihren rechten Werth erst dadurch, daß er hinzufügt: Einem südwestdeutschen Bund mit Anlehnung an Frankreich werde Baiern niemals beitreten, eben so wenig einem solchen unter Führung Oesterreichs und die bairische Regierung sei auch entschlossen, jedem Schritte gegen eine Einigung, also einer fremden Intervention entgegen zu treten. Er beklagt ferner, daß Preußen, auf die Mainlinie eingegangen sei und vielleicht jetzt verpflichtet sei, daran festzuhalten und den Eintritt der Südstaaten in den neuen Bund zurückzuweisen. Wir wissen nicht, wie weit die Verpflichtung der preußischen Regierung darin geht, aber wir wissen, daß es keine Verpflichtung einer Regierung geben kann, welche ihr es unmöglich macht, in Uebereinstimmung mit ihrem Volke die Verfassuug der Nation, zufolge des ausgesprochenen Willens desselben umzugestalten. Es liegt also jetzt am deutschen Volke selbst. —

— Wie der „Kreuzztg." mitgetheilt wird sollen in Stuttgart demnächst Bevollmächtigte Süddeutscher Staaten zusammentreten, um eine übereinstimmende Ordnung des Militärwesens zu berathen. Die Anregung dazu ist von München ausgegangen. Sie scheint, sagt die Correspondenz der „Kreuzztg." — in Stuttgart — sehr bereitwillige Aufnahme gefunden zu haben, und auch von Darmstadt wird ein freundliches Entgegenkommen erwartet; nur über Baden schwanken die Meinungen. Die bairische Regierung soll einen Entwurf mitgetheilt haben, welcher sich dem preußischen System sehr nahe anschließe. Die baierische Einladung wünscht, daß die Conferenz ihre Arbeiten schon am 21. d. M. beginne, einige Verzögerung wird aber wohl stattfinden.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 22. Januar. Der „Weserztg." wird von hier geschrieben: „Die Sitzungen der Bevollmächtigten der norddeutschen Regierungen haben wieder begonnen. Der Abschluß der Verhandlungen dürfte aber in den nächsten Tagen nicht zu erwarten sein, wenn sich das Gerücht bestäligen sollte, welches dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz einen letzten Versuch unterschiebt, wenigstens einen Theil seiner Militärhoheit zu retten. Daß solche Versuche hoffnungslos sind, nachdem der nach Preußen größte Staat des norddeutschen Bundes, nämlich Sachsen, sich in das Unvermeidliche mit Anstand gefügt hat, dürfte von Niemandem bezweifelt werden. Es ist selbstverständlich, daß die bereits signalisirte Lücke in den preußischen Vorschlägen, in Bezug auf das Budgetrecht des Reichstages, bei den Verhandlungen der Bevollmächtigten nicht unbeachtet gelassen worden ist. Wenn ein Bundesgesetz nöthig ist, um die einzelnen Regierungen zu den über die normalen Beiträge hinausgehenden Bedürfnissen des Militär- und Marinewesens nach Maßgabe der Bevölkerung herbeizuziehen, so möchte es sich in der Praxis unthunlich erweisen, dem Reichstage jede Kontrolle über die Verwendung der normalen Beiträge zu entziehen. Mit anderen Worten, diejenige parlamentarische Körperschaft, welche das Extraordinarium für Militär und Marine bewilligen soll, muß auch im Stande sein, auf die Feststellung des Ordinariums einzuwirken. Sollten die Regierungen in dem jetzt festzustellenden Entwurf diese Lücke nicht ausfüllen, so würde dem Reichstage, da an extraordinären Forderungen wahrscheinlich auf Jahre hinaus kein Mangel sein dürfte, die Aufgabe zufallen, seine Mitwirkung an Bedingungen zu knüpfen, welche die Entwicklung des Konstitutionalismus in Nordeuschland sicher stellen. — Die Meldung, als dürften die Verwaltungen der thüringischen Fürstenthümer behufs Erzielung von Ersparnissen (gegenüber den wachsenden Militärausgaben) unter Preußen centralisirt werden, bedarf der Bestätigung. da eine solche Centralisirung, verbunden mit der Abtretung der militärischen Hoheitsrechte, der Post- und Telegraphenverwaltung und des Rechtes der Gesetzgebung auf dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten einer Mediatisirung der betreffenden Souveränetäten gleich käme."

Von anderer Seite wird dem genannten Blatte geschrieben: „Als eine der großen Differenzen bei der künftigen Neugestaltung der Wehrverhältnisse des norddeutschen Bundes werden die Fragen über die Beibehaltung Dresdens als befestigter Waffenplatz, wie die des künftigen Besatzungsverhältnisses in dieser Stadt bezeichnet. Sachsen sieht offenbar in der Freigebung seiner Hauptstadt nicht nur einen Ehrenpunkt, sondern im höheren oder geringeren Grade zugleich eine Existenzfrage. Die sächsische Regierung wendet deshalb auch alle Mittel auf, sich dieser drückenden Bedingung zu entziehen, und jene Befestigung wird von derselben nicht nur aus sachlichen und militärischen Gründen angefochten, sondern es ist neuerdings auch von ihr die Entschädigungsfrage für die Anlage der ausgeführten Schanzen angeregt und aufgeworfen worden. Die Verhältnisse für diese Opposition sind augenblicklich für Sachsen nicht ungünstig, denn einmal drängt die politische Lage Europas überhaupt zu einem möglichst raschen Abschluß und zweitens läßt die neuerdings wiederholt hervorgetretene Geneigtheit Baierns zu einem politischen und militärischen Abkommen mit Preußen und dem norddeutschen Bund ein weniger scharfes Verfahren mit Sachsen als geeignet erscheinen, um damit für den so überaus wichtigen Anschluß des deutschen Südens an den deutschen Norden die Wege zu ebnen. Andererseits ist das Verhältniß der sächsischen Bevölkerung zu der zeitigen preußischen Besatzung freilich der Art, um auf eine gänzliche Freigebung Sachsens nicht ohne Bedenken blicken zu können."

— Se. Maj. der König haben a. 18. im hiesigen K. Schlosse ein Kapitel des hohen Ordens vom Schwarzen Adler abgehalten. demselben war die Investitur der Generale der Infanterie v. Steinmetz, Frhrn. v. Moltke, v. Roon und Herwarth von Bittenfeld vorangegangen.

— Dr. Johann Jacoby hat die Annahme eines jeden Mandats für das norddeutsche Parlament abgelehnt.

— Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, die wir wegen ihrer sittlichen Bedeutung für die Bürgerschaft Berlin's wörtlich mittheilen:

„Der Fabrikant Herr N. N. ist von dem Kuratorim der Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame zum Prüfungs-Kommissarius vorgeschlagen, demnächst von der Stadtverdneten-Versammlung gewählt und von uns bestätigt worden. Zur Einführung in das Amt eingeladen, ist derselbe auch erschienen, hat sich aber vor der Einführung schon mit der Erklärung entfernt, daß er ein solches nicht annehmen könne, indem die Erfüllung der ihm obliegenden gewerblichen Verpflichtungen seine ganze Zeit beanspruche. Eine gleiche Erklärung hat derselbe in der Verhandlung vom 28. Dezember 1866 wiederholt. Die bereitwillige Theilnahme aller unserer Mitbürger an den Arbeiten der Kommune ist das Fundament der Selbstverwaltung, und dahin zu wirken, daß Jeder, der zu einem Amte berufen wird, in der Erfüllung desselben eine Bürgerpflicht erkennt, ist die Aufgabe der Kommunal-Verwaltung. Auf gleichen Schultern müssen die Lasten der Kommune getragen werden und so wie Derjenige eine Verletzung seiner Bürgerpflicht sich zu Schulden kommen läßt, welcher sich den finanziellen Opfern entzieht, verleugnet auch der seine Pflicht und die Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung, der sich den Arbeiten für das Gemeinwohl entzieht. Alle Schichten unserer Bevölkerung müssen bereit sein, so wie sie durch das Vertrauen der Mitbürger zu einem Amte berufen werden, mit Hingebung für das Wohl der Kommune zu arbeiten; wir können uns aber der Wahrnehmung nicht verschließen, daß die meisten Arbeiten von dem kleineren Bürgerstande geleistet werden, während die sowohl geschäftlich als auch finanziell besser gestellten größeren Gewerbetreibenden mehr und mehr aus der Verwaltung geschwunden sind. Wenn es nicht zu bestreiten ist, daß jeder Gewerbetreibende, der einen Theil seiner Kraft dem öffentlichen Dienste widmet, leicht weniger verdienen kann, als ein Anderer, der ausschließlich seinem Geschäfte lebt, so sind gewiß die kleinen Gewerbetreibenden unsererseits mehr zu schonen, als die begüterten Geschäftsleute, die meist persönlich weniger mitzuarbeiten haben, also leichter und ohne erheblichen Verlust zeitweise ihr Geschäft verlassen können. Wir halten die Gründe, welche Herr N. N. für die Ablehnung des Amtes als Prüfungs-Kommissarius angiebt, nicht für so erheblich, daß wir seinem Antrage Folge

zu geben vermögen, um so mehr, als die Arbeiten der Prüfungs-Kommission sehr unbedeutend sind und in Recherchen bestehen, die selten wöchentlich einmal vorkommen, und ersuchen unter Beifügung der Akten die Stadtverordneten-Versammlung ergebenst, darüber befinden zu wollen: Ob Herr N. N. nach § 74 der Städte-Ordnung auf 3—6 Jahre der Ausübung des Bürgerrechts verlustig erklärt und um $1/8$—$1/4$ stärker zu den Gemeinde-Abgaben herangezogen werden soll. Berlin, den 9. Januar 1867. Magistrat hiesiger Kgl. Haupt- und Residenzstadt. (gez.) Seydel."

— Wie die „Kreuzztg" hört, wird hier die Bildung eines Norddeutschen Vereins vorbereitet, um die Verschmelzung der Interessen der alten Provinzen mit den neuen zu befördern.

Schleswig-Holstein. Das am 20. d. erschienene „Verordnungsblatt" enthält das Gesetz vom 24. Dezember 1866, betreffend die Vereinigung der Herzogthümer Schleswig-Holstein mit der preußischen Monarchie. Es verlautet außerdem, daß die Veröffentlichung des Einverleibungspatents am 24. d. im Beisein des Generals von Manteuffel, des Freiherrn von Zedlitz und der Oberbeamten beider Herzogthümer auf dem Kieler Schlosse durch den Oberpräsidenten, Baron von Scheel-Plessen, vollzogen werden wird. — Wie die „Altonaer Nachrichten" mittheilen, sollen sich mehrere Vereine und Gewerke in Altona auf Veranlassung einer dort in der Zollvereinsfrage gebildeten Gesellschaft von Kaufleuten für den Anschluß Altonas an den Zollverein entschieden haben. Eine Versammlung größerer Detaillisten hat sich in gleichem Sinne ausgesprochen, selbst wenn Hamburg Freihafen bleiben sollte. Jetzt ist ein Comitè zusammengetreten, welches neue Versammlungen berufen wird.

Baiern. Heeresreorganisationsentwurf. Baiern hat etwa 4,800,000 Einwohnern, wovon jährlich 42,000 militärpflichtig werden. Untauglich werden etwa 40 Prozent, somti verbleiben 24—25,000 Mann zur jährlichen Einreihung. Bislang wurden ungefähr 16,000 Mann jährlich einrangirt, worunter 4000 Assentirt-Unmontirte; es ergiebt sich sohin — bei jährlichem Zugange von 12,000 Mann für eine sechsjährige Kapitulation — mit Einschluß aller Chargen die Heeresstärke von 72,000 Mann. Nach Erstehung der sechsjährigen Dienstzeit in der Linie folgte Legionspflicht bis zum vierzigsten Lebensjahre. Von nun an soll die Wehrpflicht allgemein sein; die Dienstpflicht in der Linie soll 6 Jahre betragen, wovon 3 Jahre mit zweijähriger Präsenz in der Linie, die andern 3 Jahre in der (Kriegs-) Reserve. Hierauf 5 Jahre in der Legion (Reserve) und 5 Jahre in der Landwehr, macht im Ganzen 16 Jahre. Von da an Verpflichtung zum Landsturm bis zum 49. Lebensjahre. Die Linie nebst Kriegsreserve soll bei einem jährlichen Zugang von 24,000 Mann, nach Abrechnung eines Abgangs von etwa 20,000 Mann binnen 6 Jahren auf 120,000 Mann gebracht werden, die Legion (Reserve) bei einem Abgang von $2/5$ durch Heirath rc. auf 40,000 Mann. Gesammt-Mehrkosten für ein Jahr zu 120,006 Mann Heeresstärke: 4,800,000 Gulden. Bedarf für die Reserve-Bataillone für ein Jahr: 700,000 Gulden, demnach für Heer und Reserve 5,500,000 Gulden mehr. Ein Mann kostet durchschnittlich 143 Gulden $14\frac{1}{2}$ Kreuzer. Einjährige Freiwillige werden eingeführt. Desgleichen freiwillige Kapitulanten, die in der Linie fortdienen. Wer über 12 Jahre Kapitulant ist, hat gesetzmäßigen Ansprnch auf Civil-Anstellung. Wer in Reserve oder Legion sich verheirathet, tritt zur Landwehr über.

Oesterreich. Der wegen des vermeintlichen Attentats auf den Kaiser in Prag inhaftirt gewesene Schneidergeselle Pust ist am 21. der Haft entlassen und die Untersuchung eingestellt.

Frankreich. In dem am 18. d. Mts. in den Tuilerien abgehaltenen Ministerkonseil scheint das Schicksal der neuen Reformpläne entschieden worden zu sein. Die „France" erklärt sich in der Lage, ihre gestern gegebenen Andeutungen bestätigen und vervollständigen zu können. Demnach soll die Adresse und mit ihr die Adreß-Debatte definitiv abgeschafft und durch das Interpellationsrecht ersetzt, dieses Recht jedoch so reglementirt werden, daß keine Interpellation erhoben werden darf, die nicht zuvor durch zwei Bureaus der fünf im Senate und der drei der neun im gesetzgebenden Körper gutgeheißen worden; die Debatte über Interpellationen soll dann durch Tagesordnung oder Ueberweisung an die Regierung geschlossen werden. Der Plan, nur einen Theil der Minister in die Kammer zu schicken, ist aufgegeben worden, weil ein solcher Unterschied in den Befugnissen die Kabinetsmitglieder in zwei Kategorien zerspalten und den Ministern mit dem Worte eine Ueberlegenheit über die ohne Wort verleihen würde. Sämmtlche Minister sollen in den Kammern ihre besonderen Handlungen, wie die Politik des ganzen Kabinets vertreten und verfechten. In Betreff der Presse ist es im Plane, die Stempelsteuer zu erleichtern; die Konzessionsermächtigung soll abgeschafft und die Jurisdiktion der Zuchtpolizeigerichte an die Stelle der Repressivmaßregelung durch die Verwaltung treten. Jedoch bemerkt hierzu die „France", daß noch ein anderer Plan über die Preßverhältnisse vorliege, wonach die Verwaltungsmaßregelung zwar bleiben; jedoch eine Unterdrückung oder Suspendirung nur in Folge eines durch den Staatsrath gegangenen Dekretes verhängt werden dürfe, und zwar nachdem der Verfasser des betroffenen Artikels vor dem Staatsrathe seine Vertheidigungsmittel geltend gemacht habe. Um den Senat für den Verlust der Adreß-Diskussion zu entschädigen, soll derselbe, soweit es ohne Umgestaltung der Grundprinzipien der Verfassung thunlich, an der Thätigkeit der gesetzgebenden Gewalt betheiligt, die Umgestaltung aber durch einen Senatsbeschluß selbst bestätigt werden.

— Der „Moniteur" veröffentlicht das Schreiben des Kaisers an den Staattsminister Rouher bezüglich der in dem Regierungs-Organismus vorzunehmenden Reformen. In demselben heißt es: Seit mehreren Jahren schon bin ich mit mir zu Rathe gegangen, ob unsere Staatseinrichtungen die Grenze der Vollkommenheit erreicht haben oder ob nicht vielmehr neue Verbesserungen eingeführt werden müssen. Hieraus entstand eine bedauerliche Ungewißheit, welche aufhören muß. Bis jetzt haben Sie, Herr Minister, muthig kämpfen müssen in meinem Namen, um unzeitige Forderungen zurückzuweisen und mir die Initiative zu lassen zu nützlichen Reformen, so bald mir dazu die Zeit gekommen zu sein schiene. Heute nun erachte ich es für möglich, den Institutionen des Kaiserreiches jede Entwickelung, deren sie fähig sind, und den öffentlichen Freiheiten eine neue Ausdehnung zu geben, ohne dabei die Macht, welche die Nation mir anvertraut hat, zu gefährden. Der Plan, den ich mir vorgezeichnet habe, besteht darin, die Unvollkommenheiten, welche die Zeit hervortreten ließ, zu verbessern, und die mit unseren Sitten verträglich sind. Denn Regieren heißt die gewonnene Erfahrung benutzen und die Bedürfnisse der Zukunft vorhersehen. Die Adreßdiskussiou hatte nicht die gewünschten Resultate, erregte vielmehr mehrfach leidenschaftlich die öffentliche Meinung und veranlaßte unfruchtbare Debatten. Sie soll durch das Interpellationsrecht ersetzt werden. Alle Minister sollen ihre Verwaltung vor den Kammern vertreten können. Die Preßprozesse sollen ausschließlich den Gerichten zufallen. Das Vereinsrecht soll neu geregelt werden. Ich erschüttere nicht den Boden, welchen 15 Jahre der Ruhe und des Gedeihens befestigt haben. Ich gestalte nur meine Beziehungen zu den großen Staatsgewalten noch inniger, indem ich den Bürgern durch das Gesetz neue Garantien gewähre, indem ich endlich die Krönung des Gebäudes, das durch den nationalen Willen errichtet ist, vollende. Am 20. ist das von einem Briefe des Kaisers an den Staatsminister begleitete Dekret publizirt, durch welches mehrere Modifikationen im Sinne der von der „Frauce" gegebenen Andeutungen vollzogen werden. An Stelle der Adresse tritt das Interpellationsrecht, zu dessen Ausübung die Genehmigung durch zwei Bureaus im Senate und durch vier Bureaus im gesetzgebenden Körper erforderlich ist. Die Kammer hat einfache Tagesordnung oder Ueberweisung an die Regierung zu beschließen um die Aufmerksamkeit derselben auf den Gegenstand der Interpellation zu lenken." Jeder Minister kann durch besondere Bevollmächtigung des Kaisers beauftragt werden, die Regierung vor den Kammern zu vertreten. Sämmtliche Minister haben ihre Entlassung eingereicht. Wie der „Abend-Moniteur" meldet, hat jedoch der Kaiser nur die Demission Foulds, des Grafen Randon, des Marquis Chasseloup-Laubat und Béhics, nicht aber die der Herren Rouher, Lavalette, Moustier, Duruy, Vaillant, Baroche und Vuitry angenommen. Rouher ist unter Belassung seines Amtes als Staatsminister zum Finanzminister, Marschall Niel zum Kriegsminister, Admiral Rigault de Genouilly zum Marineminister, und de Forcade la Roouette zum Handels- und Bautenminister ernannt worden. Die Portefeuilles der Justiz, des kaiserlichen Hauses, des öffentlichen Unterrichtes, des Innern, der auswärtigen Angelegenheiten, sowie das Präsidium des Staatsraths verbleiben in den Händen der bisherigen Inhaber.

— Die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung in Frankreich werden im „Moniteur" veröffentlicht. In den letzten fünf Jahren hat die Bevölkerung nur um 680,933 Seelen zugenommen, was einem Stillstande ziemlich gleich kommt. In Europa hat sich die Bevölkerung auch im ungünstigsten Falle überall in den letzten 50 Jahren verdoppelt; dagegen nun würde Frankreich, welches 38,067,094 Einwohner hat, bei der jetzt konstatirten Zunahme um nur 130,000 Seelen 280 Jahre bedürfen, um zu dieser Verdoppelung zu gegangen. Der sonst so genügsame „Moniteur" macht denn auch nur die geschraubte Bemerkung, daß „das im Wachsen begriffene Verhältniß der Bevölkerung keine Verringerung erlitten hat."

Belgien. In der Kammersitzung am 18. wurde die Beibehaltung der Todesstrafe im neuen Strafcodex mit 55 gegen 43 Stimmen beschlossen. Der Justizminister behautete, daß die gebildeten Klassen einstimmig gegen die Todesstrafe seien und die Gesetzgebung müsse nicht dem Drucke der Massen folgen, sondern voran gehen. Das Recht der Gesellschaft, zu strafen, sagt der Redner, hört da auf, wo die Sicherheit derselben nicht mehr gefährdet ist, und daß diese Sicherheit die Todesstrafe erfordere, ist noch nirgend bewiesen worden. Diese Strafe selbst demoralisirt, die verhärteten Verbrecher finden eine Art von Ruhm auf dem Schaffotte, das Publiknm betrachtet die Hinrichtungen wie ein Schauspiel, unter Zuschauern glauben immer einige an die Unschuld, andere an die Reue des Verbrechers, alles Gefühl empört sich gegen die Strafe. Man hat Irrthum für unmöglich erklärt; der Redner citirt drei Fälle mit Namen, die in Belgien vorgekommen sind. Der Minister will durchaus nicht behaupten, daß die Statistik beweise, die Abschaffung der Todesstrafe habe eine Abnahme der Verbrechen zur Folge, aber sie beweise auch nicht das Gegentheil. Auch die Abschreckungstheorie sei nicht haltbar, die vollzogenen Hinrichtungen hätten, seiner Zeit kein einziges Mitglied der schwarzen Bande von dieser Verbindung abwendig gemacht. Man hat auf die Anwendung der mildernden Umstände hingewiesen und auf das Recht der Gnade, aber das der Begnadigung darf nicht mißbraucht werden und eben so wenig die mildernden Umstände sonst würde man solche Skandale erleben, wie sie kürzlich in Frankreich vorgekommen seien wo ein Mann in Reaux, eines frechen Giftmordes überwiesen, die Wohlthat der mildernden Umstände genoß. Das sei nicht der Weg, um bei dem Volke die Achtung vor der Gerechtigkeit zu stärken. Die Rede des Ministers fand Beifall, mehr aber noch die Gegenrede des Herrn Tesch, welcher geltend machte, daß lebenslange Zwangsarbeit welche man an Stelle der Todesstrafe setzen wolle, nicht schrecke, da sie dem Verbrecher eine bekannte Zukunft vor Auge stelle; das Schreckende der Todesstrafe sei nicht das Saffot und nicht einmal der Tod, es sei die Ewigkeit mit ihren schreklichen Problemen.

Großbritannien. Einer der entschiedeneren Liberalen im Hause der Gemeinen, Mr. Charles Buxton, zeichnete in einem öffentlichen Vortrage in Norwich die Licht- und Schattenfeiten des Jahres 1866 in folgender Weise: Die Hauptereignisse des vergangenen Jahres waren das Scheitern der Reformbill und die Entwickelung der fenischen Verschwörung. Es ist klar geworden, daß die chronische Gereiztheit der Irländer gegen England nicht wirklich durch ihre Beschwerden erzeugt, wenn auch gesteigert wird; daß sie aus einem lebhaften Nationalgefühl entspringt, ähnlich dem, welches die Polen gegen Rußland empfinden und die Italiener bis vor Kurzem gegen Oesterreich empfanden. Es ist daher zu fürchten, daß das Parlament durch kein legislatives Zugeständniß im Stande sein werde, diesen celtischen Sachsenhaß mit der Wurzel auszurotten. Dies ist aber kein Grund, warum wir nicht Alles thun sollten, um jeden Grund zu nationaler Unzufriedenheit zu beseitigen. Zu den wichtigsten, wenn auch nicht Jedem ins Auge fallenden Ereignissen aber gehören die stillen Umwälzungen in der Denkart einer Nation und eine solche erfreuliche Revolution hat im Laufe des vergangenen Jahres begonnen. Wir sind im Frieden mit der ganzen Menschheit (etwa die Fenier ausgenommen); wir haben (was lange nicht der Fall war) seit 12 Monaten ungestörten Frieden in allen Welttheilen; wir haben uns bereit erklärt, einen internationalen Streitfall schiedsgerichtlich entscheiden zu lassen, und wir mischen uns nicht mehr unnöthig in die Angelegenheiten anderer Völker ein. Ich glaube, daß wir damit der Welt ein großer und gutes Beispiel geben. Es giebt zwar Viele, die über die neutrale Haltung, welche England anzunehmen beschlossen hat, laut Klage führen und gar viel über unsern angeblichen Verlust an Würde und Einfluß schwatzen. Ich glaube kein Wort davon. Man hat uns eine kurze Zeit hindurch geschmäht und lächerlich gemacht und wir sind in unserer Wendung vielleicht wirklich etwas plump gewesen, aber auf die Länge wird jener Entschlüß dazu beitragen, unsere wahre Würde in den Augen der Welt zu erhöhen. Ueber die großartigen Veränderungen in Deutschland und Italien sprach sich Mr. Buxton mit Befriedigung und im Ganzen in ähnlichem Sinne wie die „Times" aus. Es herrsche jetzt ein solideres Gleichgewicht zwischen den Nationen Europas als früher, und in Norddeutschland werde, Dank den Bedürfnissen Preußens und den trefflichen Eigenschaften des deutschen Volkes, auch die Freiheit, an der nur Kleinmüthige verzweifeln, rasche Fortschritte machen. — Die „alten Parteien" in Frankreich thun ihr Möglichstes, um die Friedensliebe des englischen Volkes gegen sich in Harnisch zu bringen. Jules Favre, Prevost Paradol, Forcade und ihre Genossen, auch Edgar Quinet und Assolant, Republikaner und Orleanisten, haben nacheinander die Konsolidirung Deutschlands und Italienr beklagt und zu verstehen gegeben, daß sie an Napoleons Stelle solche Auflehnung gegen Frankreichs Oberherrschaft nicht ohne einen europäischen Krieg zugeben würden. Nun kommt auch das Haupt der Ligitimisten, der Graf von Chambord mit einem Manifest, in welchem dieselben Ideen spuken. „Daily News" meint daher, der Kaiser müsse dem dem Grafen sehr verbunden sein. Sieht es doch aus, als ob Forcade, Paradol und der Graf von Chambord selber nur schrieben, um den Kaiser in England und Deutschland noch populärer zu machen als es schon ist. — Die meisten Tagesblätter beurtheilen das Manifest des Grafen von Chambord in ähnlicher Weise: sie verfallen meist in Spöttereien, die den Glauben an die unerschütterliche Macht Napoleons III. bezeugen, aber dann wieder überkommt sie eine Anwandlung von Respekt, eine Art von unwillkürlicher Erinnerung an die Wandelbarkeit aller Dinge, zumal der französischen, auf Erden, wenn sie auch nicht so weit gehen wie der „Globe", der unlängst sagte: Es kann auch ein Capet wieder auf den Thron Frankreichs kommen.

Türkei. Aus Athen vom gestrigen Tage wird offiziell gemeldet, daß die Kandioten gegen 5000 Türken bei Rodia in der Provinz Heraklion einen Sieg errungen haben. Ebenso wurde ein Angriff der Türken auf Agia Roumelis in der Provinz Spyakia zurückgewiesen.

Provinzielles.

— Seit Kurzem — schreibt die „Berl. Mont.-Ztg. — geht das Gerücht, daß der Oberpräsident in Königsberg, Herr Dr. Eichmann, seines vorgerückten Alters wegen bald in Ruhestand treten werde.

Strasburg, den 20. Januar. Die hiesige evangelische Pfarrstelle, welche seit dem 28. Januar v. J. vakant war, ist jetzt wiederum besetzt. Herr Rektor und Prediger Kuny wurde trotz mannigfacher vorhergegangener Anfeindungen mit 190 von 194 Stimmen gewählt.

Königsberg, den 10. Januar. Zum gestrigen Studentenball der „Germania" war General Vogel von Falkenstein eingeladen und erschienen. — Der kaufmännische Verein versammelte sich am 16. d. zu heiteren Zwecken. In einem vertheilten Witzblatte hieß es u. A.: „warum hat die Staatsanwaltschaft bis

jetzt noch keine Nummer der von Stein redigirten „Königsberger Neuen Zeitung" konfiszirt. Antwort: „weil sie endlich den Stein der Weisen gefunden hat." Am Tage darauf wurde die Nro. 15 der von Stein redigirten Zeitung auf Befehl der Staatsanwaltschaft konfiszirt. Kein Mensch weiß, weshalb.

Marienburg, 20. Jan. (D. Z.) Gestern fand hier eine Versammlung liberaler Wähler aus den Kreisen Stuhm und Marienwerder statt. Nachdem unser Abgeordneter Wendisch als Parlaments-Candidat aufgetreten, wurde nach kurzer Debatte mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität beschlossen, ihn als Candidaten der gesammten liberalen Partei zur Wahl zu empfehlen. Auch die anderen Parteien sind inzwischen nicht müßig gewesen, so haben die Polen kürzlich in Mewe eine Versammlung abgehalten, in der sie sich für die Wahl des Hrn. v. Donimierski auf Buchwalde einigten. Sie sollen auf das Beste organisirt sein. Ein von 46 Conservativen, unter denen außer dem Wahl-Commissarius Landrath von Pusch noch 14 Beamte, unterzeichneter Aufruf in der „Ostbahn" fordert dagegen alle „Patrioten" auf, Hrn. General-Landschafts-Director v. Rabe-Lesniau für den Reichstag zu wählen.

Elbing, 20. Jan. (D. Z.) Gestern Nachmittag fand im Saale der Bürger-Ressource eine Wählerversammlung für den Elbing-Marienburger Wahlkreis statt. Eingeladen waren sämmtliche Wähler ohne Bezeichnung der Partei, während die Einladenden selbst allerdings nur der liberalen Partei angehörten. Es hatten sich etwa 200 Wähler aus verschiedenen Theilen des Wahlkreises, namentlich auch aus Marienburg, ein gefunden. Den Vorsitz führte Hr. Stadtrath Geysmer. Nachdem Hr. v. Forckenbeck als Parlaments-Candidat vorgeschlagen war, wurde von einem der Anwesenden das Bedenken erhoben, daß die Wahl des genanten Candidaten leicht zu einer Nachwahl führen könnte, da er auch an mehreren anderen Orten aufgestellt sei. Indeß wurde dies Bedenken durch die Darlegung der Sachlage und durch die Bemerkung erledigt, daß eine zu ängstliche Sorge um Vermeidung von Doppelwahlen leicht dahin führen könne, daß gerade ein in dem Parlamente kaum zu entbehrender Mann gar nicht gewählt würde. Nachdem hierauf die Candidatur des Hrn. v. Forckenbeck die nöthige Unterstützung gefunden hatte, und von keiner Seite ein anderer Candidat genannt wurde, erklärte Hr. Dr. Büttner, daß Hr. v. Forckenbeck, der durch sein politisches Verhalten und seine parlamentarische Thätigkeit sich einen Namen erworben habe, der zu den geehrtesten im Vaterlande gehöre, einer besonderen Empfehlung am allerwenigsten in Elbing bedürfe. Gleichwohl würden die gegenwärtig hier Versammelten sich nicht für berechtigt halten, einen ganzen großen Wahlkreis zur Wahl selbst eines solchen Candidaten aufzufordern, wenn sie den Wählern nicht zugleich eine bestimmte Mittheilung von denjenigen Grundsätzen machen könnten, welche derselbe bei den so überaus wichtigen von dem Norddeutschen Parlamente zu verhandeluden Fragen sich zur Richtschnur zu nehmen entschlossen sei. Er habe deshalb sich an Hrn. v. Forckenbeck gewandt und von ihm ein bestimmt formulirtes Programm erhalten, mit der Ermächtigung, dasselbe in der heutigen Versammlung vorzulesen. (S. unten.) Das von dem Redner verlesene Programm wurde mit großem Beifall aufgenommen, und Dr. Büttner fügte nur noch hinzu, er glaube wahrzunehmen, daß alle wesentlichen Punkte desselben von den Versammelten gebilligt würden. Auch denke er, die Versammlung werde es bei dem tiefen Ernste der gegenwärtigen Lage nicht für gerathen halten, über minder wesentliche oder gar nur formelle Punkte in eine Discussion einzugehen. Wir müßten uns ja Alle sagen, daß gerade unter den gegenwärtigen so äußerst schwierigen Verhältnissen nur die festeste Eintracht aller demselben Ziele zustrebenden Männer die Sache des Vaterlandes auf den Weg zum Heile zu führen vermöge. Darum bitte er auch um möglichst einstimmige Annahme des von ihm vorgeschlagenen Candidaten, und um allseitigen und unverdrossenen Eifer für die Durchsetzung seiner Wahl an dem entscheidenden Tage. — Nach Beendigung dieses Vortrages meldete sich weiter Niemand zum Worte. Der Vorsitzende erklärte hierauf, er bitte Jeden, der die Einstimmigkeit der Versammlung bezweifle, auf Abstimmung anzutragen. Da nach einer längeren Pause und nach mehrmals wiederholter Aufforderung ein solcher Antrag von keiner Seite gestellt wurde, so erklärte der Vorsitzende es für constatirt, daß Herr v. Forckenbeck einstimmig als Candidat des Elbing-Marienburger Wahlkreises aufgestellt sei. — Auf den Antrag des Hrn. Oberbürgermeister Phillips wurden schließlich die Unterzeichner der Einladung zu der Versammlung durch Acclamationen zu Mitgliedern des Wahlcomités ernannt, mit dem Auftrage, sich durch Cooptation bis zu 12 Mitgliedern für den Elbinger und zu eben so viel für den Marienburger Kreis zu ergänzen.

Lokales.

— **Handwerkerverein.** Am Montag, d. 21. d. feierte der Verein zum achtenmale seinen Stiftungstag in hergebrachter Weise beim Herrn Hildebrandt. Vor der Feier stattete Herr C. Marquart den Bericht über das Leben und die Wirksamkeit des Vereins i. J. 1866 ab. Nach demselben war der Besuch der Versammlungsabende nicht so frequent und die Bethätigung für den Verein nicht so rege wie in den Vorjahren. Als Ursache dieser Erscheinung wurde zunächst hervorgehoben das überwiegende Interesse, welches die inneren politischen Fragen gewonnen hatten. Die Besprechung dieser Fragen aber, wie der religiösen ist im Vereine statutenmäßig nicht gestattet, weil derselbe eine Stätte sein soll für eine zu geistiger Thätigkeit anregende und auf dem Gebiete produktiver Arbeit fördernde Unterhaltung, an der sich die Angehörigen aller politischen Fraktionen und religiösen Konfessionen betheiligen sollen und können. Eine andere Ursache für das minder rege Interesse der Mitglieder für den Verein war die Rückwirkung des glorreichen beendeten Krieges, welcher die produktive Arbeit störte und die Erwerbverhältnisse tief erschütterte. Mit und nach dem Kriege erschien auch der „grausige Gast", die Epidemie. — Alle diese Ereignisse erzeugten eine gedrückte, zu heiterem Lebensgenuß und fördersamer Unterhaltung wenig anregende Stimmung, und mit Rücksicht auf dieselbe ließ der Vorstand die Vereins-Ferien vom 23. März bis 11. Oktober 1866 andauern. Der Berichterstatter sprach die Hoffnuug aus, daß mit der Zeit eine ebenso rege Bethätigung für den und in dem Verein wie in den Vorjahren wieder eintreten werde, und knüpfte hieran die Bitte, daß jedes Mitglied sich nach seinen Kräften für den Verein bethätigen möchte, welcher während seiner achtjährigen Bestehens einen merklichen und förderlichen Einfluß auf die intellektuellen und socialen Zustände unserer Stadt geübt hat.

Im vor. J. sind an den 24 Versammlungsabenden 25 Vorträge (10 über historische, 7 über social-volkswirthschaftliche, 5 technisch-industrielle und 3 über naturhistorische Thema) gehalten worden und bethätigten sich hiebei die Herren: Ottmann, Lesse, G. Prowe, Böhtke, Mrmstr. Schwartz, C. Spiller, Riesenfeldt, Engelhardt, C. Misses und C. Marquart. — Durch den Fragekasten wurden an jedem Versammlungsabend im Durchschnitt 3—4 Fragen erledigt. —

Die Mitgliederzahl (425), wie die finanziellen Verhältnisse, über die wir eine spezielle Notiz bringen werden, haben sich i. J. 1866 gegen das Vorjahr nicht geändert. — Die Vereinsbibliothek ist auch im v. J. ansehnlich vermehrt und enthält jetzt über 800 Nummern.

Der Besuch der Handwerkerlehrlingsschule, welcher der Vorstand in jeder Beziehung die angelegentlichste Fürsorge angedeihen läßt, war seit Beginn des Wintersemesters schwach, allein seit dem Neujahr ist derselbe frequenter geworden. — Zwei Anstalten jedoch, welche der Verein ins Leben rief, die „Nachbildungsschule für nicht mehr schulpflichtige Handwerkertöchter", so wie die „Fortbildungsschule für Gesellen" fanden nicht die wünschenswerthe Theilnahme und wurden deshalb geschlossen.

Nach dem Bericht nahm das bescheidene, aber, wie alles, was die Küche des Herrn Hildebrandt liefert, wohlschmeckende Festmahl seinen Anfang, welchem die Würze ernster und heiterer Worte wie des Gesanges nicht fehlte. Wir müssen auf eine nähere Mittheilung über den Wortlaut der Reden verzichten und führen hier nur an, daß den Toast auf Se. Maj. den König Herr Dr. Brohm, den auf das Vaterland Herr Gymnasiallehrer Müller, den auf den Handwerkerverein Herr Klempnermeister Hirschberger, und den auf die Stadt Thorn Herr Waisenvater Schwartz ausbrachte. Herr Gymnasiallehrer Müller forderte die Gesellschaft auf dem Gedächtniß der im v. J. verschiedenen Vereinsmitglieder ein stilles Glas zu weihen und Herr Lambeck brachte das Wohl unserer Mitbürger und Abgeordnetenhausmitglieder, der Herren G. Weese und Kreisrichter Lesse aus, welcher Toast eine lebhafteste Zustimmung fand. Diesen ersten Toasten folgten mehrere humoristische Auslassungen und Toaste, welche die Gesellschaft in die gemüthlichste und heiterste Stimmung versetzten.

Während des Mahles war vom Vorstande des Turnvereins folgender Gruß eingetroffen: „Ein herzliches Gut Heil! dem Handwerkerverein zu seinem Stiftungsfeste vom Turnverein." —, welchen die Gesellschaft mit folgenden, von Herrn Dr. Brohm improvisirten Versen sofort beantwortete:

„Wir haben den Gruß hier vernommen,
und danken von Herzen dafür;
wir wissen er kommt von Herzen
seid wieder gegrüßt dafür."

„Es ist ja die Treu' und die Liebe
für Liebe und Treue nur feil;
die Liebe und Treue erkannten
wir freudig in Eurem Gut-Heil."

„Wir sitzen beim Glase und trinken,
und denken an Euer Gut-Heil,
und wünschen, daß Ihr zu uns kommet
und nehmt am Feste mit uns theil."

Am Donnerstag, den 24. d. Versammlung und Vortrag über: „Hebung der öffentlichen Verkehrs-Verhältnisse unter Friedrich Wilhelm I." — Herr Koppel-Hirschfeldt wird die Güte haben ein Meisterwerk der Kunsttischlerei vorzuweisen.

— **Vorschußverein.** Am Dienstag, d. 22. d. M. Abends fand im Schützenhaussaale die statutenmäßige Generalversammlung statt, in welcher der Vorsitzende Herr Kfm. H. Schwartz den Geschäftsbericht p. IV. Quartal v. J., so wie über das ganze Jahr, das 7. Geschäftsjahr abstatten. Indem wir uns aus diesem Bericht eine ausführliche Mittheilung vorbehalten, theilen wir vorläufig mit, daß das Resultat des Geschäfts, welches der Verein in dem vorigen, für die Geschäftswelt so verhängnißvollen Jahre machte, ein sehr günstiges ist. Bei einem Geschäftsumsatz von 450,000 Thlr. (mehr 40,000 Thaler als 1865) ist doch nur ein Verlust — derselbe ist noch nicht vollständig festgesetzt von höchstens 500 Thlr. zu beklagen. Die Einlagen sind um 5200 Thlr., die Sparkasse um 3086 Thlr. größer geworden. Die Mitgliederzahl (570) hat sich gegen 1865 um 61 vermehrt und ist in den Reservefonds 158 Thaler Eintrittsgeld geflossen. Der Wechselbestand ist c. 700 Thaler kleiner als Ende 1865. Die Dividende beträgt 10%. — Nach Beschluß der Vers. wurden 30 Mitglieder ausgeschlossen, weil sie seit 2 Jahren keine Beiträge gezahlt haben. — Zu Rechnungs-Revisoren erwählte die Vers. die Herren: Kalkul. Schönfeldt, Rend. Rüdiger und Kfm. Adolph. — Durch das Loos schieden aus: die Herren Schwartz aus dem Vorstande, E. Schwartz, Heuer und Werner, aus dem Ausschusse, welche jedoch wiedergewählt wurden.

— **Verkehr auf der Ostbahn.** Wie enorm derselbe zur Zeit ist, erhellt auch aus folgender Thatsache. Als ein Gutsbesitzer am 17. d. Mts. einen Waggon zum Versand von Getreide bestellte, machte ihm der betreffende Beamte bemerklich, daß an dem beregten Tage erst die Waggons zum Laden kämen, welche am 13. Dezember v. J. bestellt worden wären, also über 4 Wochen hätten warten müssen.

— **Theater.** Am Montag, den 21. wurde eine Novität von Charl. Birch-Pfeiffer „Die Frau in Weiß" aufgeführt. Ref. konnte der Vorstellung nicht beiwohnen, hört aber von sachverständiger Seite, daß das Stück selbst wenig gefiel. Von den Darstellern lieferte Herr Bärenfeld „Graf Fosko" ein mimisches Meisterwerk, nächst ihm war Frln. Lindner „Laura" recht tüchtig, nur soll ihr Spiel in ein Paar Scenen z. B. der Wahnsinnsscene, zu kraß gewesen sein.

Herr Regisseur Bärenfeld, welcher sich als mimischer Künstler der ungetheilten Zustimmung aller Theaterbesucher erfreut, hat morgen d. 24. d. sein Benefiz, zu welchem derselbe eine renommirten Novität „Die Compromittirten" gewählt. Wir sind überzeugt, daß das Publikum seine Anerkennung dem Benefizianten durch ein vollständig besetztes Auditorium zu erkennen geben werde.

— **Weichseltrajekt.** Marienwerder zu Fuß über die Eisdecke. Graudenz desgl. Culm unterbrochen.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Postverkehr.** Nach einer offiziösen Mittheilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" schweben hier gegenwärtig die Unterhandlungen wegen endlicher Beseitigung des Thurn und Taxis'schen Postwesens in Deutschland. Die Staatsregierung scheint demnach die in der 41. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Dezember auf die Anfrage des Abgeordneten Michaelis in Aussicht gestellte Beschleunigung dieser für viele wichtige Interessen dringlichen Angelegenheit ernstlich herbeiführen zu wollen. Ob der Abschluß gelingen wird, darüber schwanken die Andeutungen noch. An Schwierigkeiten wird es nicht fehlen. Ist doch früher trotz jahrelanger Verhandlungen nicht einmal die Beseitigung der Taxis'schen Posten in unseren Hohenzollernschen Landen zum Abschluß gekommen. Indessen hat sich seitdem durch die inzwischen erfolgte Beseitigung der Bundes-Akte die Lage wesentlich verändert; für den allerdings unwahrscheinlichen Fall, daß der Fürst von Taxis auf eine gütliche Vereinbarung mit der preußischen Regiernng nicht eingehen sollte, so würde die Regierung zu erwägen haben, ob sie nicht berechtigt sei, im Wege der Gesetzgebung in den mit der Kroae Preußen vereinigten Landen, und für die übrigen Gebiete demnächst durch Vermittelung des norddeutschen Bundes, das Taxis'sche Postprivilegium im Staatsinteresse und aus Gründen des öffentlichen Wohls gegen eine im Wege der Expropriation festzusetzende Entschädigung zu beseitigen. Ein solches Vorgehen würde in unserem Privatrecht einen wesentlichen Anhalt finden und politisch ebenso gerechtfertigt als nothwendig sein.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 21 1/6 pCt. Russisch-Papier 21 pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 22. Januar. Temp. Kälte 3 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 3 Fuß 1 Zoll.
Den 23. Januar. Temp. Kälte 5 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 3 Fuß 7 Zoll
Warschau, den 22. Januar. Wasserstand der Weichsel 7 Fuß 5 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Die Bettelei in den Häusern hat wieder einen außergewöhnlichen Umfang gewonnen, namentlich gehen viele junge Leute von anständigem Aeußern in die Häuser ansprechen. Diese Erscheiuung ist um so auffälliger, als weder Theuerung, noch Arbeitsnoth herrscht. Möchte doch unsere Polizeibehörde diesem Unfuge ihre Aufmerksamkeit schenken und derselbe ist in kürzester Frist beseitigt. x. y. z.

Sonnabend, den 19. d. M. ist im Artushof ein gesticktes Taschentuch mit dem Namen Bertha verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung Neust. Gerechte Straße Nr. 105 abzugeben.

Ein gut erhaltener **Schlitten** ist billig zu verkaufen bei
A. Henius.

Reißstroh-, Roßhaar-, und Bordüren-Hüte werden zum Waschen, Färben und Modernisiren angenommen bei
D. G. Guksch.

Ihlen in ganzen Tonnen offerirt billig
A. Mazurkiewicz.

Wenn der am Sonnabend im Artushof stattgehabte Ball in Bezug auf die Arrangements ohne Zweifel jeden Theilnehmer befriedigt hat, so hat doch andererseits das durch Herrn **Höse** gehandhabte Verpflegungssystem auch den bescheidensten Ansprüchen Hohn gesprochen; eine Portion Rehbraten, bestehend aus einer kleinen Quantität harter, trockner Fleischschnitzeln, mußte gleich wohl mit 10 Sgr. bezahlt werden; den sogenannten Heeringssalat, ein Gemisch von 7/8 rohen Zwiebeln und 1/8 Kartoffeln, wurde von allen danach Begehrenden mit Abscheu und Eckel stehen gelassen und erfüllte das Zimmer mit widerlichem Geruch; der Kaffee verdiente kaum seinen Namen. Herr **Höse** leistet in der Restauration der Ziegelei schon so außergewöhnliches, daß Jeder, der in diesem Winter einmal hinausgekommen, mit Grausen an diesen Aufenthalt denkt; sollte derselbe sein bisheriges Verfahren noch länger fortsetzen, so werden auch die Räume des Artushofes bald vom Publikum gemieden werden. Herr **H.** müßte in seinem Interesse darauf bedacht sein, seinen Gästen den Aufenthalt angenehm zu machen, da er aber vielfach ausgesprochenem Tadel kein Gehör zu schenken scheint, so wollen wir ihn hiermit öffentlich aufgefordert haben, dem Publikum für hohe Preise genießbare Speisen zu verabreichen.
Mehrere Ballgäste.

Vorzüglich gutes Culmbacher, Grätzer, Bairisch, ferner origin. engl. Ale bei
A. Mazurkiewicz.

Ein Flügel, in gutem Zustande ist zu vermiethen oder zu verk. Schülerstr. Nr. 406 2 Tr.

In Thorn,

Breitestraßen-Ecke am Altstädtischen Markt b. Nr. 90 ist der bisher vom Herrn **A. Cohn** innegehabte Laden nebst Familien-Wohnung vom 1. April cr. ab zu vermiethen. Nähere Auskunft ertheilt Herr Glasermeister **Orth** daselbst und der Unterzeichnete.

Seelow, Reg.-Bez. Frankfurt a. O.
Duschinski.

In Thorn in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** sind zu haben:

W. Kohlmann, Kubiktabellen über runde Hölzer. Taschenformat Eleg. geb. 9 Sgr.

—— Dieselben nebst **Rechenhelfer,** zur schnellen Ermittelung der Geldbeträge. Eleg. geb. 22½ Sgr.

—— **Kubiktabellen** über **geschnittene und beschlagene Hölzer.** Eleg. geb. 18 Sgr.

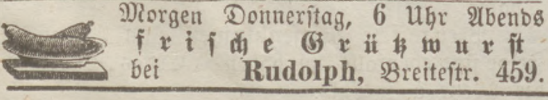
—— Dieselben nebst **Rechenhelfer** rc. Eleg. geb. 1 Thlr. 6 Sgr.

—— **Kubiktabellen** über **runde,** sowie über **geschnittene und beschlagene Hölzer.** Eleg. geb. 27 Sgr.

—— Dieselben nebst **Rechenhelfer** rc. Eleg. geb. 1 Thlr. 15 Sgr.

Verlag von C. W. Offenhauer in Eilenburg.

Die Ziehungs-Listen zur II. Serie der
Kölner Dombau-Lotterie
ist angekommen und liegt zur Ansicht bereit bei
Ernst Lambeck.



Morgen Donnerstag, 6 Uhr Abends **frische Grützwurst** bei **Rudolph,** Breitestr. 459.

Zu der

Gewinnziehung

der von Kgl. Preuß. Regierung genehmigten

Hannoverschen Lotterie

worin folgende Gewinne enthalten sind:

1 à 36000 Thlr.
1 à 30000 "
1 à 12000 "
1 à 6000 "
1 à 5000 " u. s. w.

empfiehlt unterzeichnete Haupt-Collecte
1/1 **Original-Loose**
1/2 **Original-Loose**
1/4 **Original-Loose**

1/4 Original 6 Thlr. 2½ Sgr. halbe und ganze, nach Verhältniß.

Ziehung a. 4. Febr. 1867

Auswärtige Aufträge werden prompt ausgeführt, gegen Einsendung obigen Betrages oder gegen Postvorschuß.
Pläne zur gefälligen Ansicht gratis.

Julius Seemann
Königl. Haupt-Collecte Hannover.

Am 15. Februar d. J.
findet die Ziehung des von der Regierung gegründeten und garantirten

Neuen Staats-Prämien-Anlehens

statt, welches in seiner Gesammtheit 300,000 Gewinne enthält, worunter sich solche von 3 mal 60,000, 5 mal 50,000, 3 mal 45,000, 10 mal 40,000, 9 mal 35,000, 4 mal 32,000, 10 mal 30,000, 3 mal 25,000, 16 mal 20,000, 5 mal 18,000, 3 mal 16,000, 9 mal 15,000, 10,000, 6,000, 5,000, Frcs. u. s. w. befinden.

1 Loos für eine Ziehung mit Serie- und Gewinnummer kostet 20 Sgr., 4 Loose 2 Thlr., 9 Loose 5 Thlr. und 20 Loose 10 Thlr. — Ein Loos für alle Ziehungen gültig, welches einen Treffer erhalten muß, kostet 5 Thlr.

Der Preis der Loose ist so billig als möglich gestellt, damit sich Jedermann an der erwähnten Ziehung betheiligen kann.

Gefl. Bestellungen werden gegen Einsendung des Betrages oder Postnachnahme prompt ausgeführt. Pläne und Gewinnlisten werden den Theilnehmern franco und unentgeldlich übersandt.

Briefmarken und Coupons werden in Zahlung genommen.

Franz Bächer,
Eiserne Hand 14, in **Frankfurt a. M.**

In meinem Cigarren-Geschäfte werden Freitag, den 25. und Mittwoch, den 30. Januar die in demselben befindlichen Restbestände meistbietend gegen Baarzahlung versteigert.
Louis Angermann.

In meinem Hause Nr. 436 Altstädt. Markt ist der **große Laden,** worin seit 30 Jahren ein Schnittwaaren- und Garderoben-Geschäft betrieben wurde, nebst **Parterre-Wohnung** zu vermiethen.
Moses Kalischer.

Ein großer **Bettkasten** sehr bequem eingerichtet steht zum Verkauf
Tuchmacherstr. Nr. 185, 2 Tr.

Wapnoer Düngergyps à 10 Sgr. pr. Ctr.
Engl. Maschinen-Kohlen à 23 Thlr. pr. Last vorräthig bei
Felix Giraud.

„Gottes Segen bei Cohn!"
Grosse Capitalien Verloosung.

Von der Königl. Preuss. Regierung ist jetzt das Spiel der **Hannov.** und **Frankf. Lotterie** gestattet.

Original-Staats-Loose aus meinem Debit sind auf **frankirte** Bestellung zu haben gegen Anzahlung oder **gegen Postvorschuss** von **10** Thalern, oder für die Hälfte 5 Thaler.

Es werden **nur** Gewinne gezogen.

Gewinngelder und amtliche Ziehungslisten sende **sofort** nach Entscheidung.

Meinen Interessenten habe bereits **22 Mal** das grosse Loos ausgezahlt.

Die Haupt-Gewinne betragen ca.
100,000 Thaler
60,000, 40,000, 20,000, 10,000
Thlr. u. s. w.

Laz. Sams. Cohn
in Hamburg,
Bank- und Wechselgeschäft.

Ulubiony i dotąd najzabawniejszy
Sjerp-Polaczka Kalendarzyk
Katolicko-Polski
na rok 1867.
jest do nabycia w księgarni E. Lambeka po **5 Sgr.**

Obywateli Toruńskich i powiaty w dawnej Ziemi Chełmnieńskiej powinien i dla tego obchodzić, bo zawiera w sobie piękną i ciekawą powieść z roku 1466 pod tytułem:
Pokój Toruński-Pioruński
czyli
Wesele pięciórne i t. d.!



Etablissements-Anzeige.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mich hierselbst als Tischlermeister etablirt habe und verbinde ich damit die Bitte, mich bei vorkommenden Arbeiten gütigst berücksichtigen zu wollen. Gute und saubere Arbeit werde ich stets bei soliden Preisen liefern.
J. v. Golaszewski, Gerechtestr. Nr. 122.



Strohhüte

zum Waschen, Färben und modernisiren werden zur 1. Sendung angenommen bei
E. Jontow.

Eine Wohnung von 2 Zimmern, Alkoven nebst Zubehör wird zu miethen gesucht. Näheres in der Exp. d. Bl.

Ein Laden nebst **Wohnung** ist sofort zu vermiethen Brückenstr. 20 bei **M. Beuth.**

Neustädter Markt Nr. 145 sind zwei kleinere Wohnungen oder die Parterre-Gelegenheit, für ein Comptoir- oder Laden-Geschäft passend, vom 1. April cr. zu vermiethen.

Eine kleine freundliche Wohnung ist zu vermiethen und zum 1. April zu beziehen Schülerstraße Nr. 409.

Eine Parterre-Wohnung hintenhinaus, aus 3 Stuben, Küche, Keller und Bodenraum bestehend steht sofort oder vom 1. April zu vermiethen Breitestraße 443.
Simon Leiser.

Ein Laden und eine Wohnung ist zu vermiethen bei
J. Schlesinger.

Stadttheater in Thorn.

Donnerstag, den 24. Januar. Zum Benefiz für Herrn **Edmund Bärenfeld „Die Kompromittirten."** Lustspiel in 3 Akten v. J. Rosen.

Zu diesem meinem Benefize erlaube ich mir ergebenst einzuladen.
Edmund Bärenfeldt,
Regisseur.
Die Direktion.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**